

Israel wendet sich gegen sich selbst | Dr. Shir Hever

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank fürs Einschalten heute, und herzlich willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Heute unterhalte ich mich mit dem unabhängigen Wirtschaftsforscher, Autor und Journalisten Dr. Shir Hever über seine einzigartige Einschätzung der israelischen Gesellschaft und Politik.

Bevor wir beginnen, möchte ich Sie jedoch daran erinnern, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren, sowie dieses Video zu liken, zu teilen und zu kommentieren, um den YouTube-Algorithmus zu fördern und uns dabei zu helfen, ein breiteres Publikum zu erreichen. Wir möchten Ihnen auch mitteilen, dass wir seit Jahresbeginn über zwei Millionen Menschen erreicht und mehr als 8.000 Abonnenten gewonnen haben. Unsere Spenden folgen jedoch nicht derselben Entwicklung. In den letzten Monaten sind unsere Spenden drastisch zurückgegangen. Wenn Sie also unsere Inhalte verfolgen und in letzter Zeit noch nicht gespendet haben, würden wir uns sehr über Ihre Unterstützung freuen. Auf dem Bildschirm erscheint nun ein PayPal-QR-Code. Ich möchte Sie freundlich bitten, das Video kurz zu pausieren, den Code mit der Kamera Ihres Smartphones zu scannen – so können Sie ganz unkompliziert an uns spenden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Großzügigkeit. Dr. Shir Hever, herzlich willkommen zurück in der Sendung.

Dr. Shir Hever (SH): Vielen Dank für die Einladung, Zain.

ZR: Shir, ich möchte dieses Interview mit einer Analyse der israelischen Gesellschaft beginnen, bevor wir uns den jüngsten politischen Entwicklungen zuwenden. Während des Geiselaustauschs zwischen Israel und dem Gazastreifen wurden die jüngsten Demonstrationen innerhalb Israels oft als Beleg für eine breitere Antikriegsbewegung und Opposition gegen den Krieg im Gazastreifen interpretiert. Doch seit dem Ende der Geiselfrage scheint es, dass ein Großteil der Opposition sich direkt und in erster Linie gegen

Netanjahus Umgang mit der Geiselkrise richtete und nicht gegen die Zerstörung und den Völkermord, die im Gazastreifen stattfinden.

Eine vom Soziologen Tamir Sorek von der Penn State University in Auftrag gegebene und im März 2025 vom israelischen Meinungsforschungsinstitut Geocartography durchgeführte Umfrage unter einer repräsentativen Stichprobe von 1.500 jüdischen Israelis ergab, dass 82 % die Zwangsvertreibung der Bevölkerung des Gazastreifens in andere Länder befürworteten. 47 % stimmten sogar der Aussage zu, dass die israelische Armee so handeln sollte, wie es die biblischen Israeliten taten, als sie Jericho eroberten und alle Einwohner töteten. Die Umfrage war darauf ausgelegt, die Einstellungen innerhalb der breiteren jüdisch-israelischen Bevölkerung einzuschätzen, ist jedoch weder repräsentativ für die israelische Gesellschaft als Ganzes noch für Juden weltweit.

Unabhängig davon ergab eine vom 17. bis 22. Februar 2026 vom israelischen Institut für Nationale Sicherheitsstudien unter 951 erwachsenen Israelis durchgeführte Umfrage, dass nur 28 % ein Friedensabkommen mit Saudi-Arabien befürworteten, das die Gründung eines palästinensischen Staates vorsieht, während 47 % dagegen waren. Diese Ergebnisse wurden so gewertet, dass sie die breitere erwachsene Bevölkerung Israels widerspiegeln. Als jemand, der die israelische Politik, Gesellschaft und Medien aufmerksam verfolgt: Wie würden Sie die heutige öffentliche Stimmung hinsichtlich des Völkermords im Gazastreifen beschreiben, und wie dürfte sich dies auf die bevorstehenden Wahlen auswirken?

SH: Nun, wenn Sie mir gestatten, zunächst aus einer etwas technischeren, wissenschaftlichen Perspektive zu beginnen – Sie haben zwei konkrete Umfragen erwähnt, und es ist für die Zuschauer sehr wichtig zu wissen, dass wir zwischen einer Umfrage unterscheiden, die mitten im Völkermord vor dem Waffenstillstand und einem Geiselaustauschabkommen, durchgeführt wurde, wobei sich herausstellte, dass es sich dabei überhaupt nicht um einen Waffenstillstand handelte, vielmehr um einen einseitigen Waffenstillstand. Die zweite Umfrage vom Februar dieses Jahres stammt bereits aus einem anderen Zeitraum. Und wenn man sich andere Umfragen ansieht, insbesondere im Zusammenhang mit den Wahlen, dann stellt man fest, dass diese Umfragen in Israel große Aufmerksamkeit erregen, da sie darauf hindeuten, dass die Amtszeit der Netanjahu-Regierung sich dem Ende zuneigt und die bevorstehenden Wahlen ihren Sturz bedeuten werden.

Nun müssen wir zunächst einmal rein aus soziologischer Sicht festhalten, dass alle diese Umfragen, von denen wir sprechen, ausschließlich unter der jüdischen Bevölkerung Israels durchgeführt werden. 22 % der Bürger Israels sind von diesen Umfragen ausgeschlossen, da sie keine Juden sind. Ich meine, das ist in Israel zwar eine Selbstverständlichkeit, in jedem anderen Land jedoch ein Beweis für Israels Apartheidgesellschaft. Das müssen wir also im Hinterkopf behalten. Und ich finde es auch sehr interessant, dass Sie erwähnt haben, dass in der Umfrage vom Februar dieses Jahres die meisten Israelis die Gründung eines palästinensischen Staates ablehnen, selbst wenn dies eine Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien bedeuten würde – etwas, das sich alle Israelis sehr wünschen. Aber diejenigen, die einen palästinensischen Staat tatsächlich wollen oder bereit sind, den Preis dafür zu zahlen, sowie diejenigen, die dagegen sind, machen immer noch nicht 100 % aus,

was bedeutet, dass es viele Menschen gibt, die nicht geantwortet haben oder sich noch nicht entschieden haben. Und ich halte dies für einen sehr wichtigen Aspekt, den wir in Bezug auf die israelische Gesellschaft verstehen müssen: dass sich Meinungen sehr schnell ändern und sehr wankelmütig sind.

Wenn wir über den Völkermord selbst sprechen, über die in Gaza begangenen Gräueltaten, so haben sich die Meinungen dazu nicht geändert. Das Einzige, was sich geändert hat, ist, dass eine sehr starke Selbsttäuschung herrscht, bei der die überwiegende Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit glaubt, der Krieg sei beendet. Sie erkennen nicht – oder sie erkennen es zwar, versuchen sich aber mit aller Gewalt davon zu überzeugen, dass sie diese Tatsachen nicht kennen –, dass die Zahl der palästinensischen Zivilisten, die nach dem sogenannten Waffenstillstand vom Oktober letzten Jahres von israelischen Streitkräften ermordet wurden, tatsächlich höher ist als die Zahl der Israelis, die am 7. Oktober ermordet wurden. Niemand in Israel würde den Angriff vom 7. Oktober als einen Akt des Waffenstillstands bezeichnen. Betrachten wir die Dinge also im richtigen Zusammenhang.

Wir sprechen hier von einer Gesellschaft, die sich in einem Zustand schwerer Wahnvorstellungen befindet. Und in diesem Zusammenhang sprechen wir nun über die Opposition. Wer sind diese Personen und was wollen sie eigentlich? Die Führer der Opposition sind größtenteils Generäle – Generäle, die den Krieg im Gazastreifen konsequent unterstützt haben. Sie haben nicht gesagt, dass sie einen Völkermord befürworten. Aber sehr interessanterweise wird die einzige zionistisch-linke Partei – die Partei, die sich selbst als zionistisch-links definiert – von Yair Golan angeführt, einem Mann, den ich ebenfalls persönlich kennengelernt habe und den ich für eine interessante Persönlichkeit halte; wenn Sie möchten, können wir näher auf ihn eingehen. Er hat tatsächlich einmal geäußert, dass die israelische Armee das Töten von Kindern als Hobby betreibe. Und es handelte sich um eine kritische Äußerung – er kritisierte, wie viele Kinder Israel in Gaza tötet, sagte jedoch nicht, dass sie damit aufhören sollten. Das ist der entscheidende Punkt.

Sie haben erwähnt, dass es bei den Protesten gegen die Regierung darum ging, wie die Netanjahu-Regierung mit der Geiselfrage umgegangen ist, was zutrifft; doch es gibt noch einen weiteren Aspekt, nämlich dass es sich um eine sehr illiberale Regierung handelt, die die Gewaltenteilung zwischen Judikative, Legislative und Exekutive untergräbt. Aus diesem Grund durchlebt Israel zudem eine schwere Wirtschaftskrise und eine schwere diplomatische Krise mit dem Westen, da es nicht einmal mehr den Anschein, die Fassade von Liberalismus und Demokratie aufrechterhält. Und aus diesem Grund geraten die liberalen Zionisten – wobei ich hier zwischen den linken Zionisten und den liberalen Zionisten unterscheide – in Panik, dass Israel überhaupt nicht mehr als westliche Gesellschaft angesehen werden könnte. Und das ist also ihr Hauptgrund für die Proteste. Aber noch einmal: Hier geht es nicht um die Palästinenser. Und die Palästinenser werden in der Regel vollständig von diesen Protesten ausgeschlossen. Sie dürfen nicht daran teilnehmen. Wenn jemand versucht, eine palästinensische Flagge mitzubringen, würde er körperlich angegriffen werden. Das ist also der Hintergrund der Demonstranten.

Und ich habe den Prozess gegen Netanjahu sehr genau verfolgt; ich glaube, viele Menschen in der Opposition setzen große Hoffnungen darauf, dass Netanjahu verurteilt wird und sie dann gewinnen werden. Ich halte das für reine Science-Fiction. Das wird nicht passieren. Es ist jedoch sehr interessant, dass all jene Kräfte in Israel, die hoffen, Netanjahu durch eine Verurteilung in einem Korruptionsfall loszuwerden – also sagen sie nicht: „Wir wollen keinen korrupten Ministerpräsidenten.“ Natürlich wollen sie das nicht, aber es gab bereits andere korrupte Ministerpräsidenten in Israel, und einer von ihnen saß sogar im Gefängnis. Sie sagen vielmehr: Durch den Korruptionsfall haben wir die Hoffnung, Netanjahu loszuwerden, weil er ein solcher Populist ist, weil er so gefährlich ist, weil er die Gesellschaft untergräbt und Spaltungen schafft und so weiter; daher nutzen wir diese Gelegenheit des Korruptionsprozesses gegen ihn.

Aber ich habe eine Frage: Warum nutzt ihr nicht eine noch wirkungsvollere Möglichkeit, die euch zur Verfügung steht – eine Option, Netanjahu loszuwerden, wenn ihr es wirklich ernst meint –, nämlich ihn an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern? Es liegt ein Haftbefehl vor. Und Netanjahu war ein flüchtiger Straftäter. Nun, das ist etwas, was man nicht einmal in den israelischen Zeitungen liest. In Haaretz, einer liberalen Zeitung, wird manchmal beiläufig erwähnt, dass ein Haftbefehl gegen Netanjahu vorliegt. Das Thema war erneut kurz in den Schlagzeilen, weil Mamdani in New York einen Weg finden wollte, Netanjahu festzunehmen, was jedoch nicht gelang. Doch dies ist etwas, worauf sie grundsätzlich nicht eingehen.

Und das erinnert mich an ein Gespräch, das ich einmal mit dem Botschafter des Sudan geführt habe. Ich werde nicht sagen, um welchen Botschafter es sich handelt, um seine Identität zu schützen. Es war kurz nach der Revolution im Sudan, als Umar al-Baschir entmachteter worden war und sich zu diesem Zeitpunkt unter Hausarrest befand, und die neue Übergangsregierung versuchte, im Sudan einen demokratischen Prozess in Gang zu setzen. Leider scheiterte dies auf tragische Weise kläglich, und der Sudan befindet sich nun im Bürgerkrieg und im Völkermord. Dieses Gespräch mit diesem Botschafter fand zu einer Zeit statt, als noch viel Hoffnung herrschte. Ich fragte ihn: „Warum liefern Sie Umar al-Baschir nicht an den Internationalen Strafgerichtshof aus? Es liegt ein Haftbefehl vor, und Sie könnten ihn loswerden.“ Daraufhin antwortete er: „Ich bin eigentlich der Meinung, dass wir das tun sollten, aber es wird nicht geschehen, da er den Völkermord nicht allein begangen hat.“ Er hat all diese Verbrechen nicht allein begangen. All die Generäle, die mit ihm zusammenarbeiten, sind nach wie vor sehr mächtige Männer. Und sie wissen: Wenn er verhaftet wird, wird er anfangen zu reden. Und ich glaube, das ist das eigentliche große Tabuthema, vor dem die Israelis wirklich Angst haben. Sie können Netanjahu nicht ausliefern, denn dann würde die Wahrheit ans Licht kommen.

Und genau aus diesem Grund, dass sie Netanjahu nicht ausliefern können, werden sie für Netanjahu stimmen, weil sie ihn als Alibi brauchen. Selbst diejenigen, die gegen ihn protestieren und sagen, Netanjahu zerstöre das Land. Viele von ihnen werden sich kurz überlegen, was es bedeuten würde, wenn Netanjahu durch einen dieser Generäle ersetzt würde. Und dieser General – was wird er tun? Journalisten den Zugang nach Gaza gewähren,

sodass die ganze Welt erfährt, was Israel getan hat? Was wird er tun? Wird er zulassen, dass die Hamas an die Macht kommt, oder einen weiteren Krieg führen, um dies zu verhindern? Und dann ist es genau dasselbe? Daher ist es eigentlich besser, jemanden wie Netanjahu zu haben, weil er ständig lügt. Und dann können alle einfach so tun, als würden sie seine Lügen glauben, und dann einfach die Augen verschließen und die Realität nicht sehen.

ZR: Lassen Sie uns mit weiteren Umfragen fortfahren, damit wir die israelische Gesellschaft noch besser verstehen können, insbesondere im Hinblick auf ihren regionalen Krieg, vor allem gegen den Iran. Zwei Wochen nach Beginn des Krieges gegen den Iran im Jahr 2026 ergab eine am 19. März vom israelischen Institut für Nationale Sicherheitsstudien veröffentlichte Umfrage, dass 78,5 % der israelischen Bevölkerung den israelisch-amerikanischen Angriff unterstützten. Eine spätere Umfrage, die von der Hebräischen Universität Jerusalem in Zusammenarbeit mit dem Agam-Institut zwischen dem 17. und 20. Juni 2026 durchgeführt wurde, stellte den Befragten jedoch zwei separate Fragen: eine zum Ausgang des Krieges – 92 % gaben an, der Iran sei als Sieger hervorgegangen –, und in einer separaten Frage zur Sicherheit Israels antworteten 82,9 %, der Krieg habe die langfristige Sicherheit Israels geschwächt. Im Rahmen der Umfrage wurden rund 3.644 Israelis im Alter von 17 Jahren und älter befragt. Die Antworten wurden gewichtet, um die Gesamtbevölkerung widerzuspiegeln, und die Forscher gaben einen maximalen Stichprobenfehler von 2,2 % bei einem Konfidenzniveau von 99 % an. Deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass sich die israelische öffentliche Meinung zum Krieg gegen den Iran im Laufe der Zeit erheblich gewandelt hat und die Menschen gewissermaßen ihren Fehler erkannt haben? Und wie wirken sich diese Kriege sowie die Folgen für den Iran und den Libanon auf den Alltag der Menschen in Bezug auf wirtschaftliche Sicherheit, Beschäftigung, Lebenshaltungskosten usw. aus?

SH: Nun, um das gleich zu Beginn klarzustellen: Ich bin kein Experte für den Iran. Ich teile nicht die Einschätzung, dass der Iran gewonnen hat, denn ich halte die Lebensbedingungen der Menschen im Iran für sehr schlecht, und meine Freunde aus dem Iran sind wirklich besorgt – für sie fühlt sich das natürlich nicht wie ein Sieg an. Aus Sicht der Israelis scheint die geopolitische Lage jedoch zweifellos darauf hinzudeuten, dass Israel einen Großteil seines Einflusses und seiner Handlungsfreiheit in der Region eingebüßt hat und dass Trump Netanjahus Vorgaben nicht mehr so bereitwillig befolgt wie zuvor. Es gibt bereits deutlichere Anzeichen dafür, dass sich das politische System der USA von der bisherigen Praxis, Waffen an Israel zu liefern, abwendet, und der neue Haushalt, der gerade in den Vereinigten Staaten verabschiedet wurde, ist ein Haushalt, der die militärischen Beziehungen zu Israel tatsächlich neu definiert – weniger durch die Lieferung von Waffen zur Unterstützung Israels, sondern vielmehr durch die Einbindung Israels als Teil des US-Imperiums in einer Weise, die die israelische Souveränität tatsächlich untergräbt. Das ist also zumindest die israelische Perspektive, wenn man die Sache einmal aus diesem Blickwinkel betrachtet.

Sie sagen jedoch, es gebe eine Diskrepanz zwischen der Art und Weise, wie Israelis reagieren, während der Krieg noch andauert und die Raketen einschlagen, und der Art und Weise, wie sie sich im Nachhinein äußern – und das lässt sich über jeden Krieg in der

Geschichte Israels sagen. Das ist immer so. Und es gibt diesen Moment der Mobilisierung. Es gibt zwar auch Angst, aber es besteht ein tiefes psychologisches Bedürfnis der Menschen, den Krieg zu rechtfertigen. Und sie sagen, es habe keine andere Wahl gegeben – hätten wir es nicht getan, hätte der Iran eine Atombombe auf uns geworfen und uns alle getötet. Also müssen sie es tun, denn die Alternative wäre, all das aufzugeben, was man gelernt hat, die gesamte Erziehung, die Art und Weise, wie man dazu erzogen wurde, an die Werte des Zionismus zu glauben und so weiter – was bedeutet es denn, dass die Regierung unsere Kinder in sinnlose Kriege schickt, nur um die nächste Wahl zu gewinnen? Die Folgen sind ungeheuerlich, wenn man darüber nachdenkt.

Es ist also viel einfacher zu sagen: Gut, die Regierung weiß etwas, sie hat einen Plan, und sicherlich wird die Luftwaffe den Iran besiegen, und alles wird wunderbar werden. Doch dann sind die Folgen niemals so rosig. Die Folgen sind immer anders, und es gibt immer Enttäuschung. Und das ist der Rhythmus, der sich immer wieder wiederholt. Natürlich gibt es für die Israelis keine Möglichkeit, diese Enttäuschung wirklich zu verarbeiten und zu sagen: Der Staat hat uns tatsächlich belogen, wir gehen nicht mehr zur Armee. Wir werden das Regime stürzen. Das können sie nicht sagen, denn dann wäre die gesamte Siedlerkolonie keine Siedlerkolonie mehr. Also müssen sie eine neue Ausrede finden.

Netanjahu weiß das. Deshalb sagte er beim Angriff auf den Iran im Juni letzten Jahres, dies werde den Iran für kommende Generationen ruhig stellen. Acht Monate später besteht die dringende Notwendigkeit, den Iran erneut anzugreifen. Diese „kommenden Generationen“ hielten also acht Monate lang an. Einige Israelis machten sich darüber lustig, aber ihre politischen Ansichten änderten sich dadurch nicht. So müssen diese Menschen nun einmal denken. Das ist kein Merkmal der israelischen Psyche. Es ist ein Merkmal der kolonialen Psyche, dass die Menschen keine andere Wahl haben, weil sie in einer unhaltbaren Situation leben. Sie wissen, dass sie eine Kolonie mit einer jüdischen Minderheit sind, die vorgibt, eine jüdische Mehrheit zu sein, und versucht, die Tatsache zu ignorieren, dass es sich um einen Apartheidstaat handelt, der Völkermord begeht. Es gibt keinen anderen Weg, all diese Widersprüche in den Griff zu bekommen.

Sie haben mich auch gefragt, wie sich der Krieg auf den Lebensstandard in Israel ausgewirkt hat. Tatsächlich handelt es sich hierbei um ein sehr komplexes Thema, und ich versuche, auch von meinen Kontakten in Israel Informationen zu erhalten. Das wird jedoch immer schwieriger, da mir die Kontakte in Israel langsam ausgehen. Dies ist ein weiteres Anzeichen – die Menschen verlassen Israel in sehr großer Zahl, und die Abwanderungsrate hat nicht nachgelassen, sondern nimmt sogar ständig zu und beschleunigt sich. Zudem herrscht in der israelischen Wissenschaft eine schwere Krise, insbesondere aufgrund des zunehmenden akademischen Boykotts, und ich glaube, dies hängt auch stark damit zusammen, dass junge Israelis nicht wirklich weit in die Zukunft blicken. Sie planen nicht vorausschauend. Daher schreiben sich immer weniger Menschen an der Universität ein. Tatsächlich liegt die Zahl der Studienanfänger unter dem Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerung wird also von Jahr zu Jahr weniger gebildet.

Hinzu kommen zahlreiche Berichte. Wenn man beispielsweise internationale Vergleichstests an Schulen, aber auch an Universitäten betrachtet, zeigen diese, dass das Bildungsniveau gerade regelrecht abstürzt. Israel hatte früher den Ruf, ein sehr hochgebildetes Land zu sein, was auch viel damit zu tun hat, dass viele Menschen gar nicht erst an diesen Tests teilnehmen können, da es sich um einen Apartheidstaat handelt. Wir sprechen also nur von israelischen Staatsbürgern, die Zugang zu diesen Schulen haben und tatsächlich an internationalen Mathematik-, Leseverständnis- und Sprachtests teilnehmen können – und diese erzielten früher sehr, sehr hohe Ergebnisse, während sie nun am Ende der OECD-Rangliste stehen. Israel schneidet in all diesen internationalen Bewertungen sehr, sehr schlecht ab. Dies sehen wir ebenfalls als direkte Folge dieses Krieges an.

Außerdem herrscht in Israel eine Energiekrise, da Kolumbien, der größte Kohleexporteur nach Israel, seine Exporte eingestellt hat, um dem unmittelbaren Einbruch der israelischen Exporte entgegenzuwirken, was eine Krise auf vielen verschiedenen Ebenen auslöst. Die Regierung hat beschlossen, ihre Erdgasreserven in untragbarem Umfang an Ägypten zu verkaufen. Ägypten hätte dieses Geschäft natürlich nicht akzeptieren dürfen, da es damit den Völkermord finanziert. Ich kann jedoch auch nachvollziehen, warum dies sehr verlockend war, und sie wollten dieses Gas zu einem sehr günstigen Preis erhalten, was wiederum auf eine sehr kurzsichtige Denkweise seitens Israels hindeutet: Sie wollen das Geld sofort, und es ist ihnen egal, dass Israel in ein paar Jahren damit beginnen muss, Erdgas zu importieren, anstatt es zu exportieren, da die Vorräte zur Neige gehen werden.

Und während des Krieges mit dem Iran gab es einen Volltreffer auf die wichtigste israelische Ölraffinerie in Haifa, der sich als weitaus schwerwiegender herausstellte, als zunächst berichtet wurde. Und natürlich haben sie versucht, dies so lange wie möglich zu verheimlichen. Es stellte sich jedoch heraus, dass Trump, als er Maduro entführte und die venezolanische Ölgesellschaft übernahm, einen Öltanker umgeleitet hat, um Öl nach Israel zu schicken und so zu versuchen, Israel bei der Bewältigung dieser Energiekrise zu helfen. Doch auch dies ist wiederum keine wirkliche langfristige Lösung. Ich meine, die USA können Israel zwar immer noch ein paar Wochen oder Monate mehr gewähren, aber ... Diese Entwicklungen sind also sehr gravierend, und ich könnte noch weiter darauf eingehen und ein wenig über den Wohnungsmarkt und den Immobilienmarkt sowie über die Finanzmärkte, den Währungswert und die Börse sprechen – in all diesen Bereichen sieht man immer wieder diese Blasenrealität, in der die Menschen in Panik geraten, kurzfristig denken und sofort hohe Gewinne erzielen wollen, dabei jedoch enorme Risiken eingehen und dies geheim halten.

In den letzten Wochen gab es einige Anzeichen dafür, dass sich das rasante Preisanstiegstempo an der Börse und in anderen Bereichen verlangsamt und in manchen Bereichen sogar leicht nachließ, was große Panik auslöste. Doch jene israelischen Ökonomen oder Journalisten sagten: „Sehen Sie, das ist sehr gefährlich, und die Blase könnte platzen, was zu einem massiven Zusammenbruch führen könnte.“ Diese Menschen sind in der Regel älter, etwa in den Vierzigern, Fünfzigern oder älter. Sie erinnern sich also daran, dass es in der Vergangenheit Finanzkrisen gab; doch viele derjenigen, die ihr Geld in Israel anlegen,

haben eigentlich gar keine klare Erinnerung an die Krise von 2008. An die wir uns, wie ich mir vorstellen kann, beide erinnern. Sie denken einfach nicht darüber nach, weil es geschah, als sie noch Kinder waren. Denn es handelt sich um sehr, sehr junge Israelis. Manchmal verfügen sie über viel Bargeld, weil sie im Gazastreifen gekämpft und als Reservisten massive Bargeldprämien erhalten haben, und sie spekulieren einfach an der Börse, treiben die Aktienkurse in die Höhe, ohne wirklich darüber nachzudenken, dass sie auch alles verlieren könnten.

Vielleicht darf ich auch noch etwas anmerken, eine sehr wichtige Nachricht, die erst kürzlich bekannt wurde – sie wurde erst gestern veröffentlicht –, nämlich dass sich Israel durch Schulden finanziert. Nur so kann das Land weiter bestehen. Und die Verschuldung wächst weiter, doch ein Land kann nur durch den Verkauf seiner Anleihen Schulden aufnehmen. Diese Anleihen müssen in Europa über die Bank of Ireland abgewickelt werden. Die Bank of Ireland hatte gewisse Bedenken, dass sie sich damit tatsächlich mitschuldig an israelischen Verbrechen macht und dass dies für sie möglicherweise rechtswidrig sein könnte. Leider waren sie nicht mutig genug und nicht entschlossen genug, sich an das Völkerrecht zu halten, um Israel einfach zu sagen: „Wir werden Ihre Anleihen nicht mehr abwickeln.“ Stattdessen haben sie die Abwicklung nach Luxemburg verlagert. Und gestern erklärte der luxemburgische Wirtschaftsminister nach starkem Druck durch zivilgesellschaftliche Organisationen und BDS-Gruppen, dass Luxemburg den Vertrag mit Israel über die Emission von Anleihen nicht verlängern werde. Luxemburg wird die Anleihen also nicht mehr abwickeln; die Zuständigkeit geht zurück an Irland. Und sollte Irland nicht von seinen grundlegenden Verpflichtungen gegenüber dem Völkerrecht abweichen, müsste es Israel ebenfalls untersagen, die Anleihen weiter zu verkaufen, und Israel wäre nicht mehr in der Lage, auch nur eine weitere Anleihe in Europa zu verkaufen, was wahrscheinlich einen Zahlungsausfall zur Folge hätte. Wenn also jemand, der dies hier sieht, Geld in Israel investiert hat, halte ich das derzeit für eine äußerst unkluge Entscheidung.

ZR: Schauen wir uns die israelische Politik nun etwas genauer an. Wie Sie wissen, kehrte Netanjahu 2022 an die Macht zurück, indem er eine Koalition bildete, der auch ultraorthodoxe Parteien angehörten. Diese Parteien hatten im Allgemeinen eine Art Abmachung: Wir unterstützen Ihren Völkermord, die Ausweitung des Krieges und den Ausbau der Siedlungen im Westjordanland, während sie im Gegenzug forderten, dass ihre Mitglieder vor der Wehrpflicht geschützt werden. Am 14. Juli verabschiedeten die 120 Knesset-Abgeordneten mit 58 zu 54 Stimmen einen von der Koalition unterstützten Beschluss, der Verhaftungen, Ermittlungen, Vollstreckungsmaßnahmen und den Wehrdienst für alle Angehörigen dieser ultraorthodoxen Parteien vorübergehend aussetzte. Die Times of Israel berichtete, dass diese Maßnahme Zehntausende Wehrdienstverweigerer schützen und die Einberufung der meisten ultraorthodoxen Männer für mehrere Monate praktisch zum Erliegen bringen würde.

Am 15. Juli setzte der Oberste Gerichtshof jedoch die Umsetzung des Gesetzes vorübergehend aus und wies die Regierung sowie die Knesset an, zu begründen, warum es für nichtig erklärt werden sollte. Wie geht Netanjahu mit diesem Widerspruch um? Einerseits

erklärt das israelische Militär, dass es nach Jahren eines Krieges an mehreren Fronten dringend etwa 12.000 zusätzliche Rekruten benötige. Andererseits benötigt Netanjahu die politische Unterstützung der ultraorthodoxen Parteien, um sein Regierungsbündnis zu erhalten und möglicherweise nach den bevorstehenden Wahlen eine weitere Regierung zu bilden.

SH: Ja, nun, dies ist meiner Meinung nach einer der größten inneren Widersprüche des Staates Israel, da die Ultraorthodoxen antizionistisch sind. Und wir sollten nicht den Fehler begehen zu glauben, dass ihre antizionistische Haltung gleichbedeutend mit einer pro-palästinensischen Haltung ist. Sie sind aus religiösen Gründen antizionistisch. Sie hegen keine besondere Zuneigung zu den Palästinensern, aber sie akzeptieren die Idee eines jüdischen Staates nicht, der vor dem Kommen des Messias gegründet wird. Und so kam Ben-Gurion bei der Gründung Israels zu der Überzeugung, dass er eine Art Status-quo-Vereinbarung benötigte, da er die Ultraorthodoxen brauchte, um eine jüdische Mehrheit in Palästina zu schaffen. Eine Siedlerkolonie erfordert eine große Anzahl von Siedlern, um das Land zu übernehmen und durch ihre Anwesenheit die einheimische Bevölkerung zu verdrängen. Daher benötigte er die Ultraorthodoxen. Im Gegenzug bot er ihnen die Befreiung vom Wehrdienst sowie verschiedene andere Vereinbarungen an. Zum Beispiel, dass Israel keine Verfassung hat. Das liegt an dieser Vereinbarung, denn die Ultraorthodoxen sagten: Wenn es eine Verfassung geben soll, gilt hier die Bibel. Und Ben-Gurion sagte: Auf keinen Fall. Dies wurde also viele Jahre lang in Israel als der sogenannte Status quo akzeptiert.

Ich glaube, dass die liberalen Zionisten, die sahen, wie die Zahl der Ultraorthodoxen wächst, und weil sie nach wie vor tiefen Groll und Hass gegenüber dieser Gruppe hegen – was man in jedem anderen Land der Welt als reinen Antisemitismus bezeichnen würde –, die Art und Weise, wie sie diese Gruppe betrachten, bezeichnen sie sie als Parasiten und verwenden Karikaturen und Symbole, die mich, wenn ich sie betrachte, an Der Stürmer in Deutschland in den 30er Jahren erinnern, wobei sie als Bestien dargestellt werden, die den armen Arbeiter ausbeuten. Das ist eine schreckliche Art von Politik, die nur in Israel irgendwie akzeptiert wird. Und das geschieht gerade unter den liberalen Zionisten. Deshalb nutzten sie das Gerichtssystem, um diese Vereinbarung anzufechten. Und die Gerichte haben sie abgelehnt, denn die Gerichte sind per Definition liberal und vertreten diesen Teil der Bevölkerung; sie haben diese Vereinbarung abgelehnt, die besagte, dass das, was die Ultraorthodoxen in ihren Gebeten und beim Studium der Tora tun, für den Staat genauso viel zählt wie der Militärdienst. Auf diese Weise dienen sie dem Staat. Das war die Vereinbarung, und diese wurde aufgehoben.

Nun soll dieses neue Gesetz diese Vereinbarung angeblich wieder in Kraft setzen, allerdings nur auf sehr vorübergehender Basis. Schon vor der Verabschiedung dieses Gesetzes gab es einige Sanktionen gegen die Ultraorthodoxen. Einige staatliche Institutionen wurden von den Gerichten gezwungen, die Mittel für Schulen, Kinderzentren und ähnliche Einrichtungen – wie Kindergärten – für die Ultraorthodoxen zu kürzen, um sie dafür zu bestrafen, dass sie keinen Militärdienst leisten. Und natürlich gibt es Haftbefehle – zwar nicht viele –, doch dies sorgt unter den Ultraorthodoxen für große Besorgnis, da sie keinen Militärdienst leisten

wollen. Dies führte zu einer Kluft zwischen den Führern dieser Parteien und der Bevölkerung selbst.

Die Ultraorthodoxen in Israel sagten also: „Nun gut, wir sind keine Zionisten“, doch die Regierung beschloss, dass sie in einer Stadt im Westjordanland, in einer Siedlung, leben sollten, da man ihnen dort die benötigten Einrichtungen zur Verfügung stellen würde – eine Mikwe, eine Synagoge und subventionierten Wohnraum –, also stimmten sie dem zu. Doch dies ist im Grunde genommen ein Pakt mit dem Teufel, denn sie akzeptieren all diese Gräueltaten und Verstöße gegen das Völkerrecht im Austausch für ihre Autonomie. Und nun bricht dieser Pakt zusammen. Er bricht zusammen, weil sie ohnehin zum Militär müssen und ihre Subventionen verlieren. Daher sind sie sehr wütend auf ihre Anführer. Sie werfen ihnen vor, sich mit Netanjahu verbündet zu haben, der seine Versprechen nicht eingehalten hat. Und jetzt ist ihre Situation noch schlechter als zuvor.

Und im Moment hat Netanjahu meiner Meinung nach die größte Macht, denn was können die ultraorthodoxen Anführer schon tun? Sie können nichts tun. Wenn sie sagen: „Wir brechen den Pakt mit Netanjahu, wir schließen uns den anderen Parteien an“, werden die anderen Parteien sie nicht aufnehmen. Die anderen Parteien – seien es nun Eizenkot, Lapid und Bennett, all diese sogenannten Oppositionspolitiker – sprechen davon, alle Ultraorthodoxen sofort zum Militär einzuziehen, sollten sie an die Macht kommen. Das zwingt die Ultraorthodoxen dazu, sich für Netanjahu zu entscheiden. Sie haben keine andere Wahl.

All diese neuen Gesetze, die in letzter Minute verabschiedet werden, festigen also nicht wirklich die Stellung der Ultraorthodoxen. Es handelt sich lediglich um eine vorübergehende Lösung, um sie bis zur Wahl bei Laune zu halten, damit sie ihren Wählern sagen können: „Seht her, es gibt Hoffnung, wir werden diese Gesetze durchsetzen – wählt uns erneut, damit wir uns Netanjahu anschließen können.“ Und natürlich werden sie, sobald sie gewählt sind, diese Gesetze nicht verabschieden können, weil Netanjahu es nicht zulassen wird. Er will seinen Würgegriff über sie nicht verlieren.

Und ganz offensichtlich haben die Ultraorthodoxen einen schrecklichen Fehler begangen. Es handelt sich um einen taktischen oder strategischen politischen Fehler, den ich vor allem deshalb erklären kann, weil es in ihrer Gesellschaft Tradition ist, in die Politik diejenigen zu entsenden, die als ihre Vertreter in die Knesset gehen – und das sind die dümmsten Menschen in der Gemeinschaft. Die Klügsten und die am besten Gebildeten machen sie zu religiösen Führern, zu geistlichen Oberhäuptern, zu denjenigen, die die Tora studieren, zu den großen Rabbinern. Und diejenigen, die in ihrem Studium scheitern, schicken sie in die Knesset. Das erklärt also, warum sie in ihrem strategischen Denken wirklich einen groben Fehler begangen haben. Doch ein Rabbiner, Rabbi Lando, begann tatsächlich, das Problem zu erkennen. Er ist kein Mitglied der Knesset. Er gehört zu den Klugen, die die Tora studieren, und er genießt großes Ansehen. Und er sagte: „Nun, eigentlich ist das, was Israel tut, nach jüdischem Verständnis ein Mord, denn sie führen Kriege, die nicht defensiver Natur sind. Nach unserem Verständnis ist dies also Mord. Wir sollten uns daran nicht beteiligen und aufhören, den Krieg mit unseren Gebeten und dergleichen zu unterstützen. Und wir werden nicht länger die Rolle derer spielen, deren Tora-Studien zum Staat beitragen.“ Ich glaube, dies ist ein erster Riss,

den wir im ultraorthodoxen Engagement gegen die Kolonisierung Palästinas erkennen. Ich hoffe, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Politisch haben sie derzeit zwar nicht viele Optionen, aber zumindest verändert sich der Diskurs.

Und ich halte es für entscheidend, darüber nachzudenken, denn eines Tages wird dieser Völkermord enden. Eines Tages wird die Apartheid enden. Und es wird eine Art Dialog zwischen den Palästinensern und den jüdischen Siedlern in Palästina darüber geben, welche gemeinsame Zukunft sie anstreben. Und die einzige Gruppe unter den jüdischen Gemeinschaften in Israel, die nicht aktiv am Völkermord beteiligt ist und nicht täglich Menschen tötet, sind die Ultraorthodoxen. Unabhängig davon, was sie denken oder welche Ideologie sie vertreten – sie haben nicht in gleicher Weise Blut an den Händen wie die säkularen Juden.

ZR: Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung, über die ich gestern in der Times of Israel gelesen habe, war, dass Netanjahus Regierung den Obersten Gerichtshof Israels gebeten hatte, vor den bevorstehenden Wahlen keine staatliche Untersuchungskommission zu den Versäumnissen im Zusammenhang mit den Hamas-Angriffen vom 7. Oktober 2023 einzurichten. Die Regierung argumentierte im Wesentlichen, dass diese Form der Untersuchung zu einem politisch recht heiklen Wahlkampfthema geworden sei, und erklärte, sollte sie nach der Wahl wieder an die Macht kommen, werde sie eine Untersuchung einleiten; derzeit sei jedoch kein geeigneter Zeitpunkt dafür. Könnten Sie die politischen Hintergründe erläutern und auch erklären, warum Netanjahu es versäumt hat, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, obwohl er seit dem 7. Oktober die gesamte Zeit über an der Macht war?

SH: Traditionell wird in Israel bei einer Katastrophe eine unabhängige Untersuchung unter der Leitung eines Richters durchgeführt, wobei das Team zudem aus Rechtsexperten oder Fachleuten besteht. Netanjahu hat dies geändert. So war beispielsweise der Krieg von 1973, der in Israel als schwerwiegender Fehler und Versäumnis angesehen wurde, völlig überraschend. Er fand am 6. Oktober 1973 statt, 50 Jahre und einen Tag vor dem Angriff vom 7. Oktober. Und dann, 50 Jahre und einen Tag später, wurde Israel erneut völlig überrascht. Netanjahu änderte also die Vorschriften und legte fest: „Nun gut, es ist in Ordnung, dass so viele Richter im Ausschuss sitzen, aber jedem Richter stellen wir auch einen Politiker zur Seite.“ Damit ergibt sich eher ein Verhältnis von halb halb. Was natürlich bedeutet, dass die Richter keine Mehrheit haben werden, und natürlich bedeutet es auch, dass dies eine sehr politisierte Untersuchung werden wird.

Und nun stellt sich die Frage, wer diese Politiker auswählen wird – und genau darum geht es nun im Streit. Wenn also diese liberalen Zionisten bei den Wahlen irgendwie an die Macht kämen – was nicht geschehen wird, aber nehmen wir diese Vorstellung einmal in an –, würden sie diese Sitze im Ausschuss mit ihren eigenen Leuten besetzen. Und wir wissen, was sie sagen werden. Sie werden behaupten, die rechtsextreme Regierung habe die Aufmerksamkeit von Gaza abgelenkt und die israelische Öffentlichkeit so gespalten, dass die Hamas glaubte, eine Gelegenheit zu haben, Israel einen vernichtenden Schlag zu versetzen – und somit liege die Schuld bei der rechtsextremen Regierung. Und was die Rechte betrifft,

wissen wir ebenfalls, was sie sagen wird. Sie werden behaupten, es habe einen Verrat von innen gegeben, und die linken Generäle hätten zu viel Sympathie für die Palästinenser gehabt und seien nicht hart genug gegen sie vorgegangen – und dies sei der Grund, warum die Hamas angreifen konnte.

Diese Debatte wird zu einem wichtigen politischen Thema, doch tatsächlich wird sie bereits jetzt entschieden, da diese beiden Standpunkte von beiden Seiten bereits sehr aggressiv in den sozialen Medien propagiert werden – mit dem Unterschied, dass die extreme Rechte in den sozialen Medien einen enormen Vorteil hat. Sie setzen ganze Heerscharen gefälschter Avatare ein, sie nutzen technologische Werkzeuge – ich hoffe, wir haben noch ein paar Minuten Zeit, um auch über diese Werkzeuge zu sprechen, da dies sehr wichtig ist –, mit denen sie die öffentliche Meinung manipulieren und gefälschte Videos sowie Falschinformationen verbreiten können; viele Israelis glauben fest an Verschwörungstheorien, zum Beispiel, dass es tatsächlich Verräter in der israelischen Armee gegeben habe, die die Tore des Zauns um den Gazastreifen geöffnet hätten, um der Hamas einen Angriff zu ermöglichen, oder die den Soldaten nur wenige Stunden vor dem Angriff befohlen hätten, sich zurückzuziehen – Dinge, die eindeutig als falsch erwiesen sind, aber das spielt keine Rolle, die Menschen glauben daran.

Und dies führt zu dieser Spaltung und diesem hasserfüllten Diskurs, der der extremen Rechten direkt in die Hände spielt. Und genau deshalb ist die gesamte Forderung nach einer unabhängigen Kommission völlig nach hinten losgegangen. Anstatt Netanjahus Regierung zu bedrohen, liefert sie ihm nur noch mehr Zündstoff, um das Feuer weiter anzufachen. Das aktuellste Video, das derzeit für viele Schlagzeilen sorgt, ist das Video, in dem Gadi Eizenkot zu sehen ist, der derzeit als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten anstelle von Netanjahu gilt – und der Oberbefehlshaber der israelischen Armee ist. Er entwickelte die Dahieh-Doktrin zur Zerstörung ziviler Infrastruktur und zur unverhältnismäßigen Tötung von Zivilisten. Wenn also jemand glaubt, er sei linksgerichtet, dann sollten Sie sich bitte von diesen Illusionen verabschieden. Sein Sohn wurde im Dezember 2023 in Gaza getötet. Sein Sohn war Soldat und fiel im Kampf in Gaza.

Und in diesem gerade veröffentlichten Video sieht man, wie Eizenkot über ein Feld rennt, um seinen Sohn zu umarmen – unter der Prämisse, dass sein Sohn nicht gestorben wäre und wir in einem wunderschönen Paradies leben würden, wenn die Rechte an der Macht wäre. Wenn Sie dieses Video sehen, könnte Ihnen natürlich der Gedanke kommen, dass die Rechte ja tatsächlich an der Macht war. Wo ist also das Paradies, wissen Sie? Die Rechte war an der Macht – das ergibt keinen Sinn. Außerdem haben viele Menschen angemerkt, dass ein solches Video nach hinten losgehen könnte, da es äußerst respektlos ist, Eizenkot anzugreifen, indem man seinen toten Sohn auf solch respektlose, derbe Weise instrumentalisiert. Aber die Sache ist die: Genau so funktioniert diese Art von gefälschtem Einfluss in den sozialen Medien. Er verstärkt diese dunklen Emotionen und ruft solche Reaktionen hervor. Und dann fangen die Leute an, das Video noch intensiver zu teilen und letztendlich unterstützt es Netanjahu sogar noch mehr, und niemand kann überhaupt

beweisen, dass es von der Likud-Partei oder von Netanjahu selbst stammt, da alles über gefälschte Avatare verbreitet wird.

ZR: Ich möchte zu einem anderen Thema übergehen, von dem Sie mir erzählt haben, das aber in den deutschen Konzernmedien kaum Beachtung findet – Pegasus, die von der NSO Group entwickelte israelische Spionagesoftware. Bevor wir also die jüngsten Enthüllungen bezüglich Marokko besprechen, könnten Sie bitte zunächst erläutern, was Pegasus ist, wie es funktioniert, wann es bekannt wurde und welche Skandale ans Licht kamen? Wenn ich mich recht erinnere, hat die US-Regierung die NSO Group im Jahr 2021 auf eine schwarze Liste gesetzt.

SH: In Ordnung, dies ist eine sehr komplexe Geschichte. Im Grunde geht es um Spionagesoftware. Pegasus ist nicht die einzige Art von Spionagesoftware, aber sie ist die bekannteste, da Amnesty International im Jahr 2021 gemeinsam mit Forbidden Stories und dem Citizen Lab einen investigativen Bericht veröffentlichte, in dem dargelegt wurde, wie dieser Konzern, die NSO Group, die Telefonnummern von 50.000 potenziellen Zielpersonen weltweit erhielt. Damals verlangten sie für das Hacken jedes einzelnen Telefons ziemlich viel Geld. Denn wenn man mit dieser Firma einen Vertrag über das Hacken eines Telefons abschließen möchte, bezahlt man pro Hacking-Versuch. Edward Snowden kommentierte damals jedoch, dass es sich hierbei um Wirtschaftlichkeit aufgrund von Skaleneffekten handele. Das bedeutet, dass aus den 50.000 Nummern innerhalb weniger Jahre 50 Millionen werden würden.

Und ich glaube, wir befinden uns nun in dieser Zeit, in der sich Edward Snowdens düstere Vorhersage bewahrheitet. Spyware hat sich extrem verbreitet und ist ein sehr gefährliches Werkzeug. Ich möchte nicht sagen, dass es sich um eine Technologie handelt – es ist nicht wirklich eine Technologie. Sie verbessert dein Telefon nicht, sondern wendet dein eigenes Telefon gegen dich. Man wird zum Spion gegen sich selbst und gegen seine Freunde, ohne es zu wollen – nur weil jemand aus der Ferne das Mikrofon aktivieren und alles mithören kann, was um einen herum geschieht, die Kamera einschalten, das eigene Gesicht betrachten und alle auf dem Smartphone gespeicherten Daten durchforsten kann. Man kann sich in Echtzeit in das Smartphone hacken, Gespräche mithören und alles sehen, was man gerade tut. Und man kann auch rückwirkend alles nachverfolgen.

Und einer der wichtigsten Punkte ist, dass man einen Klon eines Handys erstellen kann. So kann beispielsweise jemand etwas auf das eigene Handy hochladen, und es sieht so aus, als hätte man es selbst getan. Wenn also jemand das Handy mit Spyware hackt, auf die Social-Media-Konten zugreift und illegale Inhalte wie beispielsweise verbotene Bilder, Kinderpornografie oder Ähnliches hochlädt, gibt es technisch keine Möglichkeit festzustellen, ob man es selbst getan hat oder jemand anderes. Das Einzige, was die Organisation Citizen Lab tun kann, ist festzustellen, ob das Smartphone gehackt wurde oder nicht.

Überlegen Sie sich einmal, was es bedeutet, wenn die Polizei das Smartphone tatsächlich als Beweismittel gegen jemanden verwenden möchte, der schwerer Straftaten verdächtigt wird:

Wenn dieses Smartphone durch Spyware gehackt wurde, sind die Beweise verfälscht, und die Polizei kann sie vor Gericht nicht verwenden. Es sei denn natürlich – und ich glaube, das ist oft der Fall –, dass das Gericht nicht versteht, was Spyware ist. Da die Technologie so komplex ist, glauben viele Menschen, Spyware sei eigentlich dasselbe wie Abhören. Aber beim Abhören können keine gefälschten Informationen auf ein Telefon übertragen werden. Es kann nur mithören, aber nichts hinzufügen. Das ist ein sehr wichtiger Unterschied. Das ist Spyware.

Nun hat Israel Spyware an mehr als 140 Länder weltweit verkauft, darunter Länder wie Weißrussland, Äthiopien, Uganda, Honduras und El Salvador. Sie wurde gegen Anwälte und Menschenrechtsaktivisten eingesetzt, sie wurde für den Mord an Jamal Khashoggi benutzt. Spyware ist eine Waffe. Die Europäische Union stuft sie lediglich als Gut mit doppeltem Verwendungszweck ein, was meiner Meinung nach eine falsche Einstufung ist – es handelt sich um eine Waffe. Ein deutliches Indiz dafür, dass es sich um eine Waffe handelt, ist die Tatsache, dass bei all den Fällen, in denen Spionagesoftware zur Begehung dieser Verbrechen eingesetzt wurde, es sich ausschließlich um Spionagesoftware handelte, die aus Israel bezogen wurde. Und das liegt nicht daran, dass Israel die Spionagesoftware erfunden hätte. Tatsächlich verfügen die USA darüber, Russland verfügt darüber, China verfügt darüber – doch der Unterschied besteht darin, dass Länder wie die USA, Russland und China diese Software nicht verkaufen. Sie wollen sie selbst nutzen. Sie betrachten sie nicht als Produkt. Sie betrachten sie als eine sehr mächtige, gefährliche Waffe, die sie ausschließlich im Dienste ihrer eigenen nationalen Interessen durch ihre Geheimdienste einsetzen. Und ich halte das nicht für gut, aber was Israel tut, ist viel, viel schlimmer, denn dort wird ein gewinnorientiertes Unternehmen gegründet. Shalev Hulio – sein Name ist Shalev, das ist das „S“ in NSO – reist um die Welt und verkauft dies gegen Bezahlung an Kunden, die es dann nutzen und damit schreckliche Verbrechen begehen können.

Das ist also Spionagesoftware, und nun gibt es eine neue Enthüllung aus Marokko, wo sich tatsächlich ein Mitglied des marokkanischen Geheimdienstes zu Wort gemeldet und berichtet hat, wie Marokko israelische Bot-Spionagesoftware eingesetzt hat. Shalev Hulio reiste unter falschem Namen nach Marokko und verkaufte ihnen dieses äußerst gefährliche Werkzeug. Sie haben es gegen zahlreiche Amtsträger in Frankreich eingesetzt, was zudem eine Verletzung der französischen Souveränität darstellt. Frankreich hat bislang keine Maßnahmen gegen Israel ergriffen. Und Marokko hat dies auch gegen Spanien eingesetzt. Spanien ist ein anderer Fall, denn dort setzte die Regierung die israelische Spionagesoftware Pegasus gegen die katalanische Separatistenbewegung ein, darunter auch gegen Parlamentsabgeordnete, was einen Verstoß gegen spanisches Recht darstellt. Sánchez ordnete bei seinem Amtsantritt die Einleitung einer Untersuchung gegen die NSO Group an, um zu klären, was geschehen war. Er kam nicht sofort zu diesem Entschluss; es dauerte einige Zeit, bis er nach starkem Druck durch zivilgesellschaftliche Gruppen und die BDS-Bewegung zu dieser Entscheidung gelangte. Das sollten wir uns also vor Augen halten. Und diese Ermittlungen sind nun tatsächlich einen Schritt weiter fortgeschritten; das Gericht in Katalonien hat sogar angeordnet, dass Anklage gegen die Geschäftsführung der NSO Group erhoben wird. Das ist sehr wichtig.

Und wie Sie bereits sagten, unterliegt die NSO-Gruppe auch in den USA Sanktionen; diese Sanktionen dienen jedoch in erster Linie dem Schutz amerikanischer Bürger, und einige Berater von Trump arbeiten daran, sie aufzuheben, um amerikanischen Unternehmen den Einsatz dieser Technologie zum Angriff auf US-Bürger zu ermöglichen und das derzeitige Monopol der CIA in den USA zu brechen, sodass im Grunde auch private Unternehmen dies tun könnten. Eine Partei in Spanien namens SUMAR hat daher tatsächlich Maßnahmen gegen Marokko und gegen die NSO Group wegen des Einsatzes dieser Technologie gefordert. Ich habe es wieder als „Technologie“ bezeichnet, aber ich denke, dieser Begriff muss hinterfragt werden. Ein marokkanischer Beamter sagte jedoch etwas, das mir im Kopf geblieben ist. Er sagte: „Wenn wir Menschen überwachen, nutzen wir dieses Werkzeug nicht. Es ist eine sehr mächtige Waffe, die wir nur in ganz extremen Fällen einsetzen, da Spyware so gefährlich ist.“ Und ich hoffe, dass wir diese Diskussion nun vielleicht etwas näher an Deutschland heranführen können, denn ich glaube, vielen unserer deutschen Zuschauer ist nicht bewusst, dass auch Deutschland Pegasus erworben hat, um es gegen deutsche Bürger einzusetzen.

ZR: Lassen Sie mich das kurz aufgreifen, und dann können Sie näher darauf eingehen. Berichten zufolge hat das Bundeskriminalamt Pegasus im Jahr 2019 erworben. Und im Januar 2026 unterzeichnete Innenminister Alexander Dobrindt eine Vereinbarung mit Netanjahu zur Ausweitung der deutsch-israelischen Zusammenarbeit im Bereich Cybersicherheit, wobei er Israel als zentralen Partner bezeichnete. Ich meine, wir haben bereits gesehen, wie der Bundesverfassungsschutz das Symbol der Wassermelone verboten hat – sie haben eine Liste veröffentlicht, die Symbole, Slogans und eine Liste von Organisationen enthielt. So gilt beispielsweise die Wassermelone als Zeichen von Extremismus und als Symbol für eine Pro-Hamas-Haltung, und der Slogan „From the River to the Sea, Palestine will be free“ ist in der Öffentlichkeit verboten. Das gilt auch für Organisationen wie Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost. Und nicht nur das – ich meine, wir können dies auf andere progressive oder kritische Organisationen ausweiten. Welche Auswirkungen wird dies Ihrer Meinung nach haben? Sie haben den Aspekt der bürgerlichen Freiheiten bereits angesprochen, aber könnten Sie dazu noch etwas näher eingehen?

SH: Ja, es ist interessant, dass Sie den Verfassungsschutz erwähnt haben – dies erklärt vielleicht die tiefe Anfälligkeit Deutschlands in dieser Frage und zeigt, wie unprofessionell und naiv die deutschen Sicherheitsbehörden sind. Der Verfassungsschutz in Deutschland ist eine Behörde, die die Verfassung nicht gelesen hat. Sie wissen nicht, dass es gemäß ihrer eigenen Satzung ihre Pflicht ist, gegen deutsche Politiker zu ermitteln, die gegen Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes verstoßen haben – der eindeutig festlegt, dass das Völkerrecht über dem deutschen Recht steht, wenn es um Angelegenheiten wie die Lieferung von Waffen an Israel zum Zwecke des Völkermords geht. Stattdessen verschwendet der Verfassungsschutz seine Zeit damit, zu entscheiden, dass Wassermelonen antisemitisch sind.

Wenn dies also das Niveau der Strafverfolgung in Deutschland ist, dann versteht man, warum man dort der Meinung ist, die eigene Sicherheit an andere auslagern zu müssen. Die

Entscheidung, diese an Israel zu vergeben, ist hier entscheidend, denn erstens wurde das von Ihnen erwähnte Abkommen mit der deutschen Kriminalpolizei, dem BKA, nicht mit der israelischen Regierung geschlossen. Es wurde mit einem Privatkonzern geschlossen. Und dies wurde vom PEGA-Ausschuss berichtet. Der PEGA-Ausschuss – PEGA steht für Pegasus – wurde vom Europäischen Parlament eingerichtet, um den Missbrauch dieser Technologie mit Pegasus, also mit Spionagesoftware, in der Europäischen Union zu untersuchen. Ich habe mich mit vielen Mitgliedern des Ausschusses getroffen.

Und gestern habe ich einen Bericht der Organisation Citizen Lab gelesen, die forensische Analysen von gehackten Mobiltelefonen durchführt. Sie fanden Beweise dafür, dass ein Mitglied dieses Ausschusses, sein Name ist Stelios Kouloglou, während der Ermittlungen wiederholt von der NSO Group mithilfe von Pegasus gehackt wurde. Ich habe Stelios getroffen, und ich muss sagen: Ich habe im Rahmen meiner Arbeit viele Politiker kennengelernt, und er ist einer der freundlichsten, ehrlichsten und engagiertesten Politiker. Er hat mich sehr beeindruckt. Und er war sehr daran interessiert, dieser Sache wirklich auf den Grund zu gehen und zu verstehen, welche Risiken damit verbunden sind. Und man muss bedenken, dass tatsächlich, während wir uns unterhielten, jemand unser Gespräch aufzeichnete.

Und meine Frage als europäischer Bürger lautet: Was soll ich dagegen tun? Sollte ich eine Klage gegen Stelios Kouloglou einreichen, weil sein Telefon unser Gespräch möglicherweise ohne meine Zustimmung aufgezeichnet hat? Das wäre natürlich äußerst ungerecht, denn er ist in dieser Angelegenheit ein Opfer, kein Täter. Vielleicht sollte ich mich als deutscher Staatsbürger an die deutschen Behörden wenden. Doch die deutschen Behörden haben tatsächlich beschlossen, dass Israel für den Schutz der Sicherheit deutscher Staatsbürger zuständig sein wird. Und ich werde Ihnen zu diesem Punkt noch etwas mehr Details geben, denn das ist eine schwerwiegende Behauptung, die ich hier gerade aufstelle, und ich muss sie beweisen. Und das werde ich auch tun. Ich schätze also, das Einzige, was ich tun kann, ist, mit der Presse zu sprechen. Und hier spreche ich nun mit Ihnen und berichte Ihnen von meinen Treffen mit Stelios Kouloglou und davon, wie er durch Pegasus gehackt wurde.

Als Nächstes werde ich darlegen, zu welchen Ergebnissen der PEGA-Ausschuss gelangt ist. Zunächst einmal gab der Ausschuss bekannt, dass es sich um eine Technologie handelt, die an Palästinensern getestet wurde, dass Israel das einzige Land weltweit ist, das diese Technologie gegen Bezahlung verkauft, und dass er die Einführung äußerst strenger Vorschriften empfiehlt, um den Einsatz dieser Technologie gegen europäische Bürger oder durch europäische Strafverfolgungsbehörden zu verhindern. Sie wiesen zudem darauf hin, dass man, da man auf das Handy einer anderen Person zugreifen und gefälschte Beweise erzeugen kann, diese Technologie nicht für Strafverfolgungszwecke einsetzen darf; es handelt sich vielmehr um ein Instrument der Unterdrückung und nicht um ein Instrument der Strafverfolgung. Das waren also ihre Empfehlungen.

Frankreich und Deutschland legten gegen diese Empfehlungen ihr Veto ein und erklärten, dass sie aus Gründen der nationalen Sicherheit weiterhin diese Pegasus-Technologie nutzen wollen. Es gibt jedoch einen sehr interessanten Abschnitt des Berichts, in dem der

PEGA-Ausschuss erläutert, wie Deutschland an Pegasus gelangte: Das BKA, die deutsche Kriminalpolizei, führte Gespräche mit der NSO Group und teilte ihr mit: „Ihr Tool ist zu mächtig. Wenn ein Richter die Anordnung erteilt, eine bestimmte Person für einen bestimmten Zeitraum zu überwachen, geht das, was Sie uns mit ‚Pegasus‘ bieten, zu weit, da Sie rund um die Uhr überwachen und dabei auch andere Personen erfassen.“ Sie überwachen weit über das hinaus, was die gerichtliche Anordnung zulässt. Daher können wir es nicht von euch kaufen.“ Daraufhin übte die NSO Group starken Druck aus und erklärte: „Nein, ihr müsst es unbedingt von uns kaufen, aber so funktioniert es nun einmal – wir können daran nichts ändern.“

Schließlich bot die NSO Group an, eine Art Firewall zu entwickeln – im Grunde genommen eine Einschränkung innerhalb des Spyware-Tools –, sodass, wenn ein deutscher Polizeibeamter die Spyware nutzt, um durch das Hacken eines Telefons Informationen von jemandem zu erlangen, ein Programm diese Informationen in Teile aufteilt, von denen der Polizeibeamte nur einen Teil einsehen darf, während der andere Teil davon getrennt bleibt. Doch die Firewall selbst wird von einem israelischen Unternehmen, der NSO Group, hergestellt. Das bedeutet also, dass die deutsche Polizei nun der Kontrolle eines israelischen Privatunternehmens untersteht. Und dieses israelische Privatunternehmen hat in einem Gerichtsverfahren – in dem es von Facebook, also von Meta, wegen des Hackens von WhatsApp verklagt wurde – vor Gericht zugegeben, dass tatsächlich alle Informationen auch auf ihre Server in Israel gelangen. Sie verfügen über eine Kopie aller Informationen. Sie können also alle Informationen einsehen und entscheiden: Nun, die Polizei in Deutschland erhält zwar nur einen Teil davon, aber wir verfügen über alles. Das ist also das Niveau der Strafverfolgung.

Denn Pegasus ist in der Tat so gefährlich und so mächtig, dass zwei Journalisten in Berlin – es handelte sich um russische Journalisten, Gegner Putins und des russischen Regimes, die nach Berlin geflohen waren – mit Pegasus ins Visier genommen wurden. Daraufhin kam der deutsche Innenminister Dobrindt zu dem Schluss, dass Deutschland einen besseren Schutz vor Cyberangriffen benötige, und reiste nach Israel, um ein Abkommen zu unterzeichnen. Das zeigt, wie absurd die Situation ist. Nun, es ist mehr als absurd. Ich halte es für kriminell. Dobrindt reiste also nach Israel, um das Abkommen zu unterzeichnen. Normalerweise hätte er sich dort mit seinem Amtskollegen getroffen. Wer ist der für die Polizei zuständige Minister in Israel? Itamar Ben-Gvir. Dobrindt kam klugerweise zu dem Schluss, dass es eine sehr schlechte Idee wäre, sich mit Itamar Ben-Gvir fotografieren zu lassen. Stattdessen schüttelte er dem Kriegerverbrecher Benjamin Netanjahu die Hand, gegen den ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vorliegt. Und als Verantwortlicher für die deutsche Polizei schüttelte er diesem Verbrecher und flüchtigen Straftäter die Hand und kehrte nach Deutschland zurück, um zu verkünden, dass Deutschland nun eine Sicherheitskooperation mit Israel unterhält. Ich hoffe daher, dass unsere Zuschauer nun vielleicht erkennen können, inwiefern dies eine Gefahr für uns alle darstellt.

ZR: Dr. Shir Hever, Autor und Journalist, vielen Dank für Ihre Zeit heute. Ich persönlich habe – obwohl ich die unabhängigen Medien verfolge – viele Fakten erfahren, die mir zuvor

nicht bekannt waren, und ich bin mir ziemlich sicher, dass unsere Zuschauer dieselbe Perspektive gewonnen haben. Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung, und ich werde Sie bald wieder einladen.

SH: Danke, auf Wiedersehen.

ZR: Und vielen Dank, dass Sie heute dabei waren. Wenn Ihnen die journalistische Arbeit gefällt, die wir in diesem Video geleistet haben, und Sie uns auch in Zukunft folgen möchten, klicken Sie bitte unbedingt auf den Abonnieren-Button unten. Vergessen Sie außerdem nicht, für unseren unabhängigen und gemeinnützigen Medienkanal zu spenden, da wir kein Geld von Konzernen und Regierungen annehmen und ausschließlich auf Ihre Unterstützung angewiesen sind, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung. Ich bin Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
